

**Memorandum zur Entnazifizierung von ärztlicher Seite,
Schreiben an Bürgermeister Rudolf Petersen, verfasst am 23.8.1945 von
Prof. Dr. med. Günther Budelmann Ltd. Oberarzt d. II. Med. Klinik am
Allg. Krankenhaus Hamburg-St. Georg**

Auswahl des Dokuments von Dr. Brigitta Huhnke

Quelle:

Staatsarchiv Hamburg 131-1II_581

GEMEINDEVERWALTUNG DER HANSESTADT HAMBURG

HAUPTVERWALTUNG

Senatskanzlei

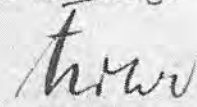
I 0 3 -Fl/R-

den 23. August 1945.

Herrn Senator T o e p f f e r ,
Herrn Professor Dr. D e g k w i t z .

wird nachstehende Abschrift im Auftrage von Herrn Bürgermeister Petersen zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrage


StadttammannAbschrift.Prof. Dr. med. Günther Budelmann
Hamburg-Eppendorf
Ltd. Oberarzt d. II. Med. Klinik
am Allg. Krankenhaus
HAMBURG-ST. GEORG

Hamburg, den 11.8.45.

An den

Bürgermeister der Stadt Hamburg.
Herrn R. P e t e r s e n .W e n t o r f .
Reinbekerweg 1.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister P e t e r s e n !

Bezugnehmend auf eine persönliche Unterredung zwischen Ihnen und Herrn P a w e l einerseits, sowie Herrn P a w e l und mir andererseits erlaube ich mir, die folgenden Zeilen an Sie zu richten. Ich spreche die höfliche Bitte aus, zu erwägen, ob es Ihnen möglich ist, in der nachstehenden Angelegenheit Ihren Einfluss geltend zu machen. Es ist mir bekannt geworden, dass auf Veranlassung der Militärregierung u. a. auch Angehörige der NS-Gliederungen aus ihren Stellungen entlassen und von ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit suspendiert werden sollen, wenn sie sich in den Gliederungen besonders betätigt haben. Die besondere Betätigung wird dabei offenbare unter anderem auch aus dem Dienstgrad geschlossen, den der Betreffende in der Gliederung innegehabt hat. Danach würde sich die Massnahme der Militärregierung auch auf die in den Gliederungen tätigen Ärzte auswirken und auch mich persönlich betreffen können. Wenn ich mich deshalb an Sie wende, so glaube ich, mich gleichzeitig zum Sprecher einer sehr grossen Zahl derjenigen machen zu dürfen, die sich in der gleichen Lage befinden. Es ist sicher, dass die Ärzte in den Formationen keine andere Tätigkeit als eine rein ärztliche ausgeübt haben. Für die SA im Allgemeinen und für mich persönlich im Speziellen kann ich das besonders sagen. Als die Gliederungen auf-

gestellt wurden, wurde auch eine entsprechende ärztliche Betreuung gefordert und eine grosse Zahl der Ärzte im Laufe der Zeit den Gliederungen zugewiesen. Bei ihrem Eintritt erhielten die Ärzte aus äusseren Gründen einen Dienstgrad. Während des Krieges wurden fast alle in der SA tätigen Ärzte auf Grund einer allgemeinen Verfügung zum Sanitäts-Sturmführer befördert. Der Dienstrang des Arztes entsprach dabei sicher nicht der Dienststellung eines gleichen Ranginhabers in der allgemeinen SA. Die SA-Ärzte haben niemals die Funktionen eines Sturmführers etc. innegehabt, sondern sind unabhängig von ihrem Dienstgrad lediglich ärztlich tätig gewesen. Ich glaube, dass diese Tatsache bei den derzeitigen Entscheidungen berücksichtigt werden sollte, damit nicht Ärzte betroffen werden, die zwar in einem gewissen Rahmen ihre Pflicht getan, aber niemals im eigentlichen Sinne eine politische Tätigkeit ausgeübt haben. Es könnte natürlich der Gedanke auftauchen, dass ein Arzt, der in einer Gliederung im Dienstrang befördert worden ist, sich besonders betätigt haben muss. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass die Beförderung im Dienstrang bei Ärzten zu gewissen Zeiten rein automatisch erfolgte. Es hat sich dabei wohl darum gehandelt, die Stellung des Arztes in der SA als solche etwas zu heben. M.E. bedeutet zum Mindesten die Suspendierung von jeglicher ärztlichen Tätigkeit aus obigen Gründen, für die, die allein den ärztlichen Beruf erlernt haben und durch diesen ihre Familie ernähren, eine schwere unverdiente Härte.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen, die eine grosse Anzahl von Ärzten betreffen, gestatte ich mir, über mich persönlich noch einige Unterlagen zu geben. An sich hatte ich wirklich niemals die Absicht, jemals in die Partei oder eine ihrer Gliederungen einzutreten. Ich konnte mich aber als angestellter Assistenzarzt -damals noch an der II.med.Universitäts-Klinik in Eppendorf- und als Dozent der Universität den immer wieder an mich gerichteten Forderungen in dieser Richtung nicht entziehen, um so weniger, als ich Familie hatte und ausserdem in der Reichsärztekammer eine Bestimmung vorlag, nach der jeder Arzt, der nicht die Gewähr bot, für das NS-Deutschland einzutreten, aus der ärztlichen Praxis ausgeschlossen werden konnte. Ich wurde im Dez. 1933 als Arzt einem SA-Reitersturm in der Nähe von Ochsenzoll zugewiesen und habe dort nur ärztliche Tätigkeit ausgeübt. Es hat sich um einen ländlichen Reitersturm gehandelt. Ab 26.8.39 bin ich in der SA in keiner Form mehr tätig gewesen. Zu gewissen Zeiten erfolgte rein automatisch eine Beförderung im Dienstrang und während des Krieges ohne Tätigkeit in der SA und ohne mein Zutun die Beförderung zum Sanitäts-Sturmführer. Die letzte Beförderung stand im Zusammenhang mit der oben erwähnten Verfügung, alle in der SA tätigen Ärzte ohne Rücksicht auf den bisherigen Dienstgrad zu Sanitäts-Sturmführern zu befördern. Damit ist aber bei mir ganz sicher nicht eine besondere oder gar politische Tätigkeit zu unterstellen.

Ich glaubte, mit dem Eintritt in die SA der an mich seinerzeit ergangenen Forderung nachgekommen zu sein, war aber in meiner Stellung trotzdem gezwungen, im Mai 1937 noch in die NSDAP einzutreten, in der ich nur zahlendes Mitglied war.

Um Ihnen zu zeigen, dass ich mich politisch nie betätigt habe, gestatte ich mir, noch zu bemerken, dass meine Bewerbung um die Stelle des ärztlichen Direktors und des Chefarztes der I. med. Klinik am Allgemeinen Krankenhaus Hamburg-St.Georg nach dem Tode von Prof. H e g l e r 1943 von dem damaligen Vorsitzenden der Ärztekammer Hamburg mit der Begründung abgelehnt wurde, ich hätte mich nicht genügend politisch eingesetzt. Die Stelle ist heute noch offen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister P e t e r s e n ,

ich weiss, dass Sie durch sehr viele und auch grössere Dinge in Anspruch genommen sind. Aber wegen der nicht nur mich persönlich eventuell treffenden Entscheidung, sondern auch mit Rücksicht darauf, dass sehr viele, sich in der gleichen Lage befindende SA-Ärzte m.E. in Bezug auf ihre politische Tätigkeit, die bei ihrem Dienstgrad möglicherweise unterstellt wird, nicht richtig beurteilt werden und dadurch Gefahr laufen, ihre Stellung zu verlieren, sowie sogar von jeglicher ärztlichen Tätigkeit suspendiert werden, habe ich mir erlaubt, mich an Sie zu wenden. Vielleicht wird es Ihnen möglich sein, zum Mindesten in dem einen oder anderen Falle Ihren Einfluss geltend zu machen. Ich wäre Ihnen zu unendlich grossem Danke verpflichtet.

In der Hoffnung, dass es Ihnen gesundheitlich trotz aller Belastungen gut geht bin ich mit den ergebensten Grüssen

Ihr

gez. G. B u d e l m a n n

Prof. Budelmann